

Stefan Wolle

## Eine Nation – zwei politische Kulturen? Ostdeutschland und der „real existierende Kapitalismus“\*



*Dr. Stefan Wolle, geb. 1950 in Halle/Saale, Studium der Geschichte an der Humboldt-Universität in Berlin, bis 1989 Mitarbeiter der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin, 1989 Teilnahme an der Stasi-Auflösung, Mitarbeiter der Gauck-Behörde, 1991-1996 Assistent an der Humboldt-Universität, 1996-1998 Stipendiat der DFG, seit 1998 Referent in der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, veröffentlichte u.a.: „Ich liebe Euch doch alle!“. Befehle und Lageberichte des MfS, Berlin 1990; Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993; Die heile Welt der Diktatur. Herrschaft und Alltag in der DDR, Berlin 1998.*

Im Juni 1998 ging eine irritierende Meldung durch die Brandenburger Regionalpresse. Zunächst griff die Boulevardpresse die Geschichte auf, dann widmeten ihr auch die seriösen Zeitungen mehr oder weniger lange Artikel und Kommentare. In Brandenburg an der Havel hatte ein Wohnungsmakler bei der Besichtigung eines zum Verkauf stehenden Mietshauses einen makabren Fund gemacht. In der Dachgeschosswohnung entdeckte er auf einem Sessel vor dem Fernseher eine mumifizierte Leiche. Dem Obduktionsbericht zufolge war der ungefähr fünfzig Jahre alte Mann eines natürlichen Todes gestorben. Der Verstorbene hatte sich ungefähr vier Jahre in der Wohnung befunden, ohne dass sein Tod jemandem aufgefallen wäre.

Der Mann, dessen Name mit Klaus S. angegeben wurde, war 1943 in den Wirren des Krieges geboren worden. Nie hatte er etwas von seinen Eltern erfahren. Als Waisenkind fand er Aufnahme in einer Pflegefamilie. Von ihr soll nach Erkenntnissen des Brandenburger Ordnungsamtes niemand mehr leben. 1969 heiratete Klaus S., doch die Ehe wurde nach einem halben Jahr geschieden. Klaus S. fand nach der Lehre Arbeit im Stahlwerk, das seit Generationen der halben Stadt Lohn und Brot brachte. Im Jahre 1975 zog er in die Wohnung in der Nähe des Zentrums von Brandenburg: zwei Zimmer, Küche, Außentoilette. Nach der Wende baute das Stahlwerk seinen Personalbestand ab und schloss dann gänzlich. 1991 verlor auch Klaus S. seinen Job. Beim Arbeits- oder Sozialamt lagen keine Meldungen vor. Offenbar hat er in der folgenden Zeit von seinen Ersparnissen gelebt. Mit der Arbeit verlor er jede soziale Bindung: keine Kollegen, keine Freunde, keine Verwandte. Im freien Fall nach unten gab es nun kein Halten mehr. Aus dem Haus, das ein Alteigentümer beanspruchte, zogen die Mieter

\* Überarbeitete Fassung eines Vortrages, der am 1. Oktober 1999 auf der Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes in Potsdam gehalten wurde.

allmählich aus. Zum angenommenen Zeitpunkt des Todes von Klaus S. im Jahre 1994 war das Haus noch teilweise bewohnt. Dann wurde das Haus ganz geräumt. Lediglich das Energieunternehmen und die Wohnungsverwaltungsgesellschaft interessierten sich noch für Klaus S. Der Briefkasten des Toten enthielt neben Bergen von Werbung vor allem Zahlungserinnerungen. Schließlich wurde das Haus vom Amt für offene Vermögensfragen dem Alteigentümer zugesprochen. Der neue Eigentümer bot das Haus zum Verkauf an. Jetzt erst kam die Tragödie eines einsamen Todes an die Öffentlichkeit. Das Meldeamt brachte endlich den Datensatz Klaus S. auf einen aktuellen Stand, Stromfirma und Wohnungsgesellschaft konnten die Schulden ordnungsgemäß verbuchen, Sozialamt und Versicherung den Vorgang abschließen.

Welch ein Stoff für ein absurdes Theaterstück à la Samuel Beckett oder Heiner Müller! Ein toter Mann im Fernsehsessel, der sich vier Jahre lang von der stupiden Fröhlichkeit der TV-Shows berieseln lässt und dabei eine riesige Energierechnung produziert. Die Computer der Stromfirma und der Wohnungsgesellschaft spucken Mahnungen aus, die von der Post an den toten Adressaten befördert werden. Währenddessen wird das Haus restituiert, die Immobilie erhält einen neuen Besitzer, der das Objekt zum Zwecke der Sanierung leerräumen lässt. Das Verschwinden des lebenden Objekts fällt nicht mehr auf. Die großen sozialen Tragödien Balzacs verblassen vor dieser Trostlosigkeit. Die moderne „Comédie humaine“ kommt ohne lebende Menschen aus – mehr noch, sie beinhaltet keine Verstrickung, Sühne und Nemesis. Niemanden trifft eine Schuld an der Tragödie in dem grauen Mietshaus in Brandenburg. Alle Computer waren richtig programmiert, jede Behörde hat ordnungsgemäß ihre Pflicht getan, alles vollzog sich nach Recht und Gesetz. Die Schließung des Stahlwerks war ebenso rechtens wie die Rückerstattung und der Leerzug des Hauses. Lauter Rechtsstaatlichkeit, lauter Sachzwänge, lauter soziale Abfederung – und im Übrigen haben die Bürger der DDR ja nichts anderes gewollt, als sie im Herbst 1989 auf die Straße gingen.

### **Die doppelte Sicherheit der DDR**

Warum wird – jedenfalls im Osten – jeder die Geschichte als Parabel für das Ausgeliefertsein, für das passive Erdulden, für die Reduktion des Menschen auf die Ware-Geld-Beziehung empfinden – so wie sie 1990 über die Menschen in der sich auflösenden DDR kamen? Man wird nun einwenden können, die Geschichte hätte sich ebenso gut in Passau oder Mülheim an der Ruhr abspielen können. Dies ist wohl wahr. Aber eben nicht in der DDR – und dies aus mehreren Gründen.

*Erstens* hätte unbenutzter Wohnraum bald schon die Begehrlichkeit wohnungssuchender Nachbarn auf sich gelenkt. Angesichts der spottbilligen Mieten und des extremen Mangels an Wohnraum war eigentlich jeder ein Wohnungssuchender. Wer nicht für sich selbst eine Wohnung suchte, hatte einen Verwandten, Freund oder Kollegen. Aufmerksame Zeitgenossen hatten sich auf überquellende Briefkästen, verdorrte Balkonblumen und ungeputzte Fenster spezialisiert, um mit solchen Leerstandsmeldungen ins Wohnungsamt zu gehen oder einfach einzuziehen und vollendete Tatsachen zu schaffen. Zum Ärger der Staatssicherheit wurde auf diesem Wege manche konspirative Wohnung enttarnt und musste einer anderen Nutzung zugeführt werden.

*Zweitens* wären Hausbuchführer und Hausgemeinschaftsleitung schnell auf das Verschwinden eines Mieters aufmerksam geworden. Sie trugen Mieter und Gäste, die mehr als drei Tage blieben, in ein großformatiges Buch ein. Ihnen oblag die Kontrolle der Treppen-

reinigung, der Säuberung der Ecke vor den Mülltonnen, der Beflaggung zum 1. Mai und der Sammlung der Spenden für die Volkssolidarität. Sie waren natürlich auch die erste Anlaufstelle für die Polizei oder die Staatssicherheit, wenn es irgendwelche Fragen gab.

Denn *drittens* unterlag es einer strengen Kontrolle, ob jeder Bürger einer ordentlichen Arbeit nachging. Beim Verdacht auf „asozialen Lebenswandel“, der schnell jeden Unangepassten treffen konnte, wurde der Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei aktiv, machte einen Hausbesuch und „klärte den Sachverhalt“. Gelegentlich kümmerte sich sogar die Staatssicherheit um Personen, die keinem geregelten Lebenswandel nachgingen.

*Viertens* schließlich bildete auch das Arbeitskollektiv ein System der Sozialkontrolle. Bei längeren Abwesenheiten kümmerte sich nicht nur der Amtsarzt und lud den Werktätigen vor eine Ärzteberatungskommission, sondern auch das Arbeitskollektiv. Ein Vertreter der Betriebsgewerkschaftsleitung machte sich mit einem Blumenstrauß sowie einem Geschenk im Werte von 15 DDR-Mark auf den Weg, um dem Kranken die Besserungswünsche der Kollegen zu überbringen. Falls, wie so oft, keine frischen Schnittblumen zu bekommen waren, tat es auch ein Alpenveilchen im Blumentopf oder ein Trockenblumenarrangement. Gelegentlich wurden Hilfsaktionen organisiert. Dem Kranken wurde Holz gehackt oder die Kohlen wurden ihm in die Wohnung geschleppt. Das Zeitalter der kohlebeheizten Kachelöfen mit dem täglichen Gang in den Keller und zur Aschentonne dauerte in der DDR für viele Menschen bis 1990. Auch bei Umzügen oder Renovierungen wurde mit einem Transporter aus dem Betrieb geholfen, und die Kollegen schleppten das Mobiliar. So wusste jeder, welche Schrankwand und welche Couchgarnitur der Arbeitskollege hatte - die Auswahl war ja ohnehin nicht erheblich.

Es sei zugegeben, dass alle diese Systeme der sozialen Sicherung und Kontrolle nicht lückenlos waren. Sie waren auch nicht unveränderlich, sondern wurden im Laufe der Jahre teilweise perfektioniert und teilweise gelockert. Nicht jeder Winkel der Gesellschaft war gleichermaßen gut ausgeleuchtet. Insgesamt aber lag über dem Land ein dichtes Netz von gegenseitiger Beaufsichtigung, Bevormundung und Kontrolle. Die Gesellschaft bewahrte ihre Mitglieder vor dem Abdriften ins soziale Abseits – im schlimmsten Fall griff die Psychiatrie ein -, sie hinderte sie aber auch am Ausbruch aus den engen Grenzen des realsozialistischen Alltags.

Die Obrigkeit war wie ein liebender und strafender Vater. Sie behandelte die Untertanen wie Kinder – mit Zuneigung und, wenn es sein musste, mit Strafe. Der Grundanspruch der Gesellschaft war ein pädagogischer. Am Ende sollte die „sozialistische Persönlichkeit“ stehen. Nirgendwo war der „neue Mensch“ präzise definiert. Doch gerade das Vage, Unbestimmte öffnete der Willkür viele Möglichkeiten. Bestrafung traf gleichermaßen Abweichungen im Sozialverhalten wie im Denken. Sozialkontrolle war immer auch politische Kontrolle. Zwischen der Repression durch den Machtapparat und der Fürsorge durch das Kollektiv bestand eine enge Verflechtung. Die DDR bot ihren Bürgern Frieden, Geborgenheit und Sicherheit. Dies waren und sind die Schlüsselworte zum Verständnis der DDR. Frieden meint sowohl den Schutz durch die bewaffneten Organe und die sowjetischen Waffenbrüder als auch die innere Harmonie der Übereinstimmung von Individuum und Gesellschaft. Geborgenheit meint sowohl den Schutz durch die das Land umgebenden Mauern als auch das Eingesperrtsein. Und Sicherheit hatte die schwebende Doppeldeutigkeit von Staatssicherheit und sozialer Sicherheit. Wer die DDR und ihr Weiterleben in der ostdeutschen Mentalität verstehen will, muss sich der Ambivalenz dieser Gemütszustände stellen. Ein erheblicher Teil der Menschen hat den Umbruch von 1989/90 nicht als Befreiung empfunden, sondern als Verlust, als Demütigung, als Negierung ihrer Lebensleistung. Nach dem Ende der

DDR entstand ein leerer Raum, in den unterschiedliche Ideologien und politische Kräfte einzudringen versuchen, die oft ein seltsame Mixtur bilden.

### **„Erich's Rache“**

Als die DDR starb, wurde die DDR-Identität geboren. Ohne Wehmut von den verklungenen Tagen des Realsozialismus zu reden, gilt in weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit längst als degoutant. Dabei fehlte es in den Jahren seit 1989 nicht an Aufarbeitung, Bewältigung, Aufklärung und zeitgeschichtlicher Forschung. Über zwei Legislaturperioden haben sich Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages mit viel Aufwand und beachtlichem Ergebnis mit den inneren Strukturen der DDR und den Folgen der Diktatur beschäftigt. In den Medien nahmen und nehmen die DDR-Themen einen breiten Raum ein, und die Bücher jeglicher Couleur über den dahingegangenen Staat sind kaum noch zu zählen. Der größte Teil dieser Zeitungsartikel, Fernsehbeiträge und Bücher bemüht sich um eine kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur. Trotzdem gehen all diese Bemühungen wenigstens an einem erheblichen Teil der Betroffenen seltsam spurlos vorüber. In den ersten Jahren nach der Wende lagen in den Buchhandlungen – jedenfalls in der ehemaligen DDR – auf einem speziellen Tisch meist ganz am Eingang griffbereit die neuesten Enthüllungsbücher über die Stasi. Heute befindet sich im größten Medienkaufhaus Berlins ein launiger „Ostalgie-Shop“, wo man außer den Memoiren von Hans Modrow und Egon Krenz auch eine DDR-Fahne oder ein Honecker-Bild kaufen kann.

Längst schon bedient sich selbst die Werbung der vermeintlichen oder tatsächlichen DDR-Mentalität. Und wer sollte besser die geheimen Wünsche und Sehnsüchte der Menschen kennen als die Werbefachleute und Marketingstrategen? So wird für die zu DDR-Zeiten beliebte, nach der Fernstraße 6 zwischen Leipzig und Dresden benannte Zigarettensorte „f 6“ mit Sprüchen und Plakaten geworben, die bewusst an DDR-typische Werte anknüpfen. Gemeinsam sitzen Kollegen gemütlich beieinander und „rauchen eine“ – ganz so wie es früher üblich war, als noch nicht Stress und Konkurrenzkampf den Arbeitsalltag bestimmten. Sogenannte „Ostprodukte“ verspricht inzwischen fast jeder Supermarkt. In den Regalen stehen Spreewaldgürkchen, Radeberger Bier oder Halberstädter Würstchen. Angesichts der Freude des Wiedererkennens wird von den alten und neuen Freunden dieser kulinarischen Köstlichkeiten gern vergessen, dass die genannten Produkte im Sortiment des volkseigenen Einzelhandels damals durchaus Seltenheitswert besaßen und eigentlich nur in den überbezahlten Delikat-Geschäften zu bekommen waren.

Selbst Erich Honecker feiert seine Wiederkehr als Geist aus der Flasche – genauer gesagt aus der Schnapsflasche. „Erich's Rache“ steht auf den Etiketten, die ein Spirituosenhändler aus dem westfälischen Ahlen vorzugsweise in den neuen Bundesländern auf den Markt bringt. Die Beschwörung des sozialistischen Flaschengeistes scheint sich zu lohnen. Nach Presseberichten hat der Hersteller seit 1998 zehn Millionen Flaschen des „Rachenputzers“ abgesetzt. Die „sehnsuchtsvolle Erinnerung vieler Ostdeutscher an die alten DDR-Zeiten haben das Getränk zu einem Verkaufsschlager gemacht“, wird der Hersteller zitiert. Vor allem in Sachsen und Thüringen sei das Produkt besonders beliebt. Da wird nach Angaben der Firma „Erich's Rache“ in einigen Läden schon knapp und wird stilgerecht als „Bückware“ unter dem Ladentisch abgegeben. Man mag solche Erscheinungen ernst nehmen oder nicht – Symptom für den Zeitgeist im Osten sind sie alle Mal.

Vor allem die „Partei des demokratischen Sozialismus“ pflegt die Erinnerung an die schönen Seiten der Diktatur. Es geht dabei kaum noch um sozialistische Ideologie. Die PDS ist längst so brav wie ihre Mitgliedschaft. In der Regel sind die PDS-Aktivisten keine Revolutionäre, sondern desorientierte und verwirrte Untertanen, die dem neuen Staat gerne genauso treu dienen würden wie einst der DDR. Da dies nicht ohne weiteres möglich war, trifft man sich, pflegt die Erinnerungen und die Ressentiments gegen die neue Zeit. Wie bei den Heimatvertriebenen der fünfziger Jahre wird die alte Heimat im Osten mit jedem Jahr der Trennung immer schöner, die Wiesen Ostpreußens werden immer grüner und die Ochsen immer größer. Mancher Hühnerstall mutierte unversehens zum Rittergut. Genauso ergeht es jetzt der DDR. Die PDS-Genossen sind die inneren Heimatvertriebenen des vereinigten Deutschland. Je schneller sie in die Gesellschaft integriert werden, desto eher werden sie zum reinen Folkloreverein.

Solange die Schwierigkeiten des Transformationsprozesses andauern, wird die PDS eine lebendige Partei bleiben. Sie ist die einzige Partei, die im Osten Deutschlands wirklich verwurzelt ist. Vielleicht ist sie überhaupt die letzte deutsche „Milieupartei“. Ihre Mitglieder und Funktionäre sind aktiv in Sozialverbänden wie der aus DDR-Zeiten überkommenen „Volkssolidarität“, bei der Organisation der Jugendweihen, an der fast so viele Kinder teilnehmen wie zu den besten Zeiten Erich Honeckers. Weder unterwandern sie die Demokratie noch planen sie die Weltrevolution. Es geht ihnen vor allem um ihre gebrochenen Biographien. Sie wollen sich selbst und ihren Mitmenschen beweisen, dass es doch höhere Ideale waren, die sie in die Reihen der Staatspartei und auf die Karriereleiter geführt hatten.

In die Kommunalpolitik sind die PDS-Vertreter in der Regel längst gut integriert. Sie erscheinen pünktlich und gut vorbereitet zu den Sitzungen, setzen sich für die Interessen des Ortes ein und ähneln längst den Abgeordneten der anderen Parteien. Oft verfügen sie sogar über mehr Qualifikation und Organisationstalent als andere. Zehn Jahre nach der Wende muss die Frage erlaubt sein, ob die PDS nicht de facto eine Art Schule der Demokratie war. Unter ganz anderen Bedingungen scheint das Grundprinzip des Wandels durch Annäherung ein zweites Mal zu funktionieren. Im Bereich der politischen Bildung sind die Veranstalter oft froh, dass wenigstens die PDS-Mitglieder zu den Diskussionen erscheinen, um heftig zu widersprechen, wenn ihre gute alte DDR schlecht gemacht wird. Ohne diese kleine, aber aktive Gruppe säßen die Referenten sonst gelegentlich vor leeren Stuhlreihen.

### **Sehnsucht nach der starken Hand**

Die Symptome könnten kaum bedenklicher sein. Die Parteien außer der PDS befinden sich in einem erbarmungswürdigen Zustand. Es herrscht ein allgemeiner Rückzug aus der Politik.

Die politische Öffentlichkeit, die im Herbst 1989, nach fünfzig Jahren Abwesenheit, unter Schmerzen neu geboren wurde, ist schnell wieder verloren gegangen oder reduziert sich doch wesentlich auf die mediale Öffentlichkeit des Fernsehens und des Internets. Demokratie läuft Gefahr, zur permanenten Meinungsumfrage zu degenerieren. So wie die Einschaltquote der Fernsehkanäle steigt und sinkt die Zustimmung zu bestimmten Politikern und Parteien. Politik wird zur täglichen Seifenoper. Wer den Politiker nicht mehr sehen mag, schaltet ein anderes Programm ein. Zunehmend vollzieht sich eine Atomisierung der Gesellschaft. Jeder sitzt allein vor dem Bildschirm und ist verdrossen. Die Wahlforscher registrieren in den neuen Bundesländern eine geringe Bindung an bestimmte Parteien. Es fehlen die ausgesprochenen Stammwähler. Die Bindungskraft der Parteien ist gering, sie leiden an

Mitgliederschwund und Überalterung. Nicht viel besser geht es den Kirchen, Gewerkschaften und anderen Großorganisationen. Eine Chance haben bestenfalls noch die kleinen Vereine. Ihre Angebote werden wie eine Dienstleistung wahrgenommen und entsprechend bezahlt.

Nach dem Verlust des schützenden Staates sehnen sich die Menschen nach Vaterfiguren. Kaum waren die alten Männer der SED in die längst überfällige Rente geschickt worden, setzte eine euphorische Begeisterung für Helmut Kohl ein. Mit dem Schlachtruf „Helmut ... Helmut...“ zogen die Leipziger am Vorabend der Wahl vom 18. März 1990 zum Karl-Marx-Platz, der bald wieder Augustplatz heißen sollte, schwenkten die Deutschlandfahne und jubelten dem Bundeskanzler zu. Kohl war der nette Onkel aus dem Westen mit der dicken Brieftasche. Ein Rest SED-Propaganda mag sogar mitgespielt haben. Die CDU war jahrelang als „Partei des Großkapitals“ verunglimpft wurden. Nun sagten sich die Leute: „Großkapital ist doch genau das, was wir brauchen“. Als die versprochenen „blühenden Landschaften“ nicht ganz so farbenfroh ergrünten wie erwartet, wandten sich die Wähler von Kohl wieder ab und machten ihn für alles Ungemach verantwortlich. Wiederum wurden die Wünsche auf eine Person projiziert und wurden enttäuscht. Ein Jahr nach der Bundestagswahl vom 7. September 1998 ist kaum ein Politiker weniger populär als der neue Bundeskanzler Gerhard Schröder.

In schwankenden Zeiten brauchen viele Menschen Leitfiguren, die mehr sind als nur die „großen Macher“. Im Freistaat Thüringen ist Ministerpräsident Bernhard Vogel in diese Rolle geschlüpft, in Sachsen Professor Kurt Biedenkopf. Zwei Polit-Rentner aus dem Westen verschafften der gequälten Ostseele wenigstens ein bisschen neues Selbstbewusstsein.

Vor allem aber dringen aufgeladene Ressentiments in das Vakuum ein, dass der sozialistische Staat zurückgelassen hat. Ein seltsames, aber hochexplosives Gebräu aus sentimentaler Rückbesinnung auf die DDR, Ablehnung des Westens, Ausländerfeindlichkeit, Sehnsucht nach Gemeinschaft, Harmonie, Heimat und anderen positiven Werten macht sich breit. Seit längerer Zeit schon gehen immer wieder Meldungen über ausländerfeindliche Gewalttaten in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern durch die Presse. Es beginnt bei Pöbeleien, Bedrohungen, Handgreiflichkeiten und endet mit schweren Misshandlungen und pogromartigen Hetzjagden. Viele Menschen bewegt die Frage, ob diese Atmosphäre eine Erbschaft der DDR oder ein gesamtdeutsches Phänomen sei. Ein Hannoveraner Kriminologe namens Pfeiffer hat mit seiner These Aufsehen erregt, am Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern sei die vielgerühmte Kinderkrippe der DDR schuld, insbesondere seien die Kleinen zu früh aufs Töpfchen gesetzt worden – und natürlich immer gemeinschaftlich. Diese Art von Kollektivgeist setze sich nun fort in den gewalttätigen Jugendbanden. Diese Theorie hat in der ehemaligen DDR einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Trotzdem scheint sicher zu sein, dass Übergriffe gegen Ausländer, insbesondere gegen jene, die fremdartig aussehen, einer gewissen Akzeptanz bei einem Teil der Normalbürger sicher sein können. Das gesellschaftliche Umfeld macht die Gewalttaten erst möglich. Die Merkwürdigkeit in den genannten Bundesländern besteht darin, dass der Ausländeranteil minimal ist. Er liegt bei einem bis zwei Prozent – ist also im Vergleich zu westdeutschen Großstädten kaum der Rede wert. Das beliebte Denkmuster, dass die Ausländer den Deutschen die Arbeit wegnehmen, könnte hier eigentlich keinen Nährboden haben. Trotzdem ist die Brutalität bestimmter Jugendgruppen erschreckend. Offenbar gibt es eine tiefe Frustration gegenüber der Gesellschaft, massive soziale Bedrohungsängste und Deklassierungsgefühle. Dies hat natürlich mit dem autoritären Charakter der DDR-Gesellschaft zu tun - vor allem aber mit dem Sturz dieser Autoritäten im Herbst 1989. Der Staat und seine Symbole, der Sozialismus mit seinen ständig

proklamierten moralischen und ethischen Ansprüchen, die „bewaffneten Organe“ mit ihrem hohen Sozialprestige in der stark militarisierten DDR-Gesellschaft – all dies verschwand über Nacht. Die Bilder der „führenden Persönlichkeiten“ wurden abgehängt und es blieb ein weißer Fleck. Offiziere zogen ihre Uniformen aus, und ihre Rangabzeichen, Orden und Ehrendolche lagen haufenweise auf den Trödelmärkten. Hochangesehene Funktionäre des Staates und der Partei wurden öffentlich ausgepiffen – selbst jene, die wirtschaftlich auf die Füße fielen, werden dieses Gefühl unverdienter Demütigung nie vergessen. Die biografischen Brüche waren hart und sie betrafen sehr viele Menschen. Nach diesem Werteverlust war es für Eltern wie für Lehrer oft schwer, noch Autorität auszuüben. Was sollte man einem Lehrer der Staatsbürgerkunde glauben, der noch im Schuljahr 1989/1990 die SED-Parolen verkündet hatte und ein Jahr später die freiheitlich-demokratischen Grundordnung vertrat. Die Kinder der Gedemütigten ziehen heute mit Glatze, Bomberjacke und schwarzen Schnürstiefeln los, um „Ausländer zu klatschen“. Hinzu kommt die Arbeitslosigkeit von bis zu fünfzig Prozent, das Gefühl von Deklassierung und sozialem Abstieg. Das Bedürfnis, jemanden zu finden, der noch niedriger steht, ihm seine Verachtung zu zeigen, ihn zu treten, zu misshandeln und zu erschlagen, ist offenbar groß.

### **Der Osten als Seismograph der Vertrauenskrise der Demokratie**

Es ist in den letzten Jahren zum beliebtem Denkmuster geworden, Freiheit und Gerechtigkeit gegeneinander aufzuwiegen. Die Meinungsforscher erfragen bei den Deutschen in Ost und West Präferenzen zwischen diesen beiden Werten. In einer Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie wird jedes Jahr gefragt: „Was ist letzten Endes wohl wichtiger, Freiheit oder möglichst große Gleichheit?“. Im Jahr 1989 gaben 63 Prozent der Westdeutschen und immerhin 46 Prozent der Ostdeutschen der Freiheit den Vorzug. Nur 22 Prozent der Westdeutschen schätzten die Gleichheit höher, aber deutliche 43 Prozent der Ostdeutschen. Unentschieden waren im Westen 15 und im Osten 11 Prozent. Diese Schere geht seitdem deutlich und stetig auseinander. Offensichtlich waren es gerade die Erfahrungen nach der Wende, die den Ostdeutschen die Wichtigkeit sozialer Gerechtigkeit nahe brachten. Die Freiheit dagegen wurde schnell zur Selbstverständlichkeit. Es erfordert bereits heute ein beträchtliches Maß an Phantasie, sich bei der S-Bahnfahrt vom Bahnhof Friedrichstraße zum Zoologischen Garten noch an die Mauer zu erinnern und an die simple Tatsache, dass diese für die große Mehrheit der Ostberliner gänzlich unüberwindbar war. Die Reise nach Tunesien oder Zypern ist längst so selbstverständlich wie früher der Urlaub auf Usedom oder Rügen – genauer gesagt ist er sogar noch unproblematischer, denn Ostseeplätze waren zu DDR-Zeiten zumindest in den Sommerferien nur schwer zu ergattern.

Bitter sind dagegen die Erfahrungen von sozialer Ungleichheit, Existenzangst, Arbeitslosigkeit und Deklassierung. Gerade die Arbeitslosigkeit ist für viele Menschen im Osten noch schwerer zu ertragen als im Westen. Die Arbeit war nach marxistischer Ansicht der eigentliche Motor der geschichtlichen Entwicklung. Die kleine Schrift von Friedrich Engels „Die Rolle der Arbeit bei der Menschwerdung des Affen“ wurde gern zitiert und oft so verstanden, dass die Faulpelze der Urhorde Affen geblieben sind, und sich die fleißigen Mitglieder durch eifrigen Gebrauch der Vorderpfoten zu Hominiden entwickelt haben. Ständig und überall wurde das Heldentum der Arbeit gepredigt. In Bronze gegossene oder in Stein gehauene Arbeitergestalten zierten und zieren die Plätze der DDR-Städte. Die Fotos der besten Arbeiter wurden öffentlich ausgehängt, zum 1. Mai und dem „Tag der Republik“ gab es Prämien,

Orden und rote Nelken. Die manuelle Tätigkeit hatte geradezu eine Aura von Heiligkeit. Hier verbanden sich das protestantische Arbeitsethos mit der kommunistischen Hochschätzung der Gemeinschaft. Nichts wurde höher geschätzt als die Verbindung von Kollektivität und Handarbeit. Kritische Studenten oder Intellektuelle wurden zur „Bewährung in die Produktion geschickt“, damit sie am Busen der Arbeiterklasse ihren „Klassenstandpunkt“ auffrischen konnten.

Wie sehr dies alles auch Propaganda gewesen sein mag, es bestimmte doch die Lebenskultur der Menschen. Insbesondere die fast hundertprozentige Frauenberufstätigkeit prägte die Gesellschaft der DDR wie vielleicht kein anderes soziales Faktum. Frauen waren zwar aus den höheren Zirkeln der Macht gänzlich ausgeschlossen – in diesem Punkte glichen sich die ost- und westdeutsche Gesellschaft – doch ihre Präsenz im Beruf, Karrieren im mittleren Bereich trotz Familie und oft mehrerer Kinder, wirtschaftliche Selbständigkeit waren in der DDR alltäglicher als im Westen. Es gab eine weit größere Zahl von Ehescheidungen, mehr uneheliche Geburten, eine rechtlich und medizinisch problemlose Fristenlösung bei Schwangerschaftsabbrüchen. In mancher Beziehung war die DDR der modernere der beiden deutschen Staaten.

Die Berufstätigkeit der Frau und die daraus resultierende Krippen- und Kindergartenerziehung sollen dabei keineswegs verklärt werden. In der Alltagspraxis trugen die Frauen die doppelte Last – die des Berufs und die des Haushalts, der angesichts der Mangelwirtschaft schwer zu bewältigen war. Vor Arbeitsbeginn wurden die Kinder in der Krippe, im Kindergarten oder im Frühhort abgegeben, dann fuhr die berufstätige Mutter mit überfüllten, im Winter oft ungeheizten und unzuverlässigen Verkehrsmitteln zur Arbeit, bemühte sich, in der Mittagspause vorrangige Besorgungen zu machen, da nach Feierabend wichtige Dinge nicht mehr zu bekommen waren. Auf dem Heimweg wurden weitere Einkäufe oder Bittgänge zu Handwerkern gemacht. Dann wurden die nervösen und überdrehten Kinder aus den Einrichtungen abgeholt.

Es ist kein Wunder, dass die Zahl der Fehlstunden und der Krankenstand sehr hoch waren. Viele Dinge mussten während der Arbeitszeit erledigt werden. Die Krippenkinder waren gegen Infektionen anfällig, Gänge zum Arzt mit stundenlangem Warten verbunden.

Die Männer kümmerten sich währenddessen um Reparaturen, gingen nach Feierabend schwarz arbeiten, standen bei der Baustoffversorgung an. Fast alles war schwierig, fast alles schwer zu bekommen, jedenfalls war nichts selbstverständlich und es gab faktisch kein Produkt und keine Dienstleistung, die immer und überall zu bekommen waren. Die Verhältnisse schufen eine Art Tauschgesellschaft, in der nicht nur Geld wichtig war, sondern vor allem Beziehungen, Freundschaften, Verwandte, Freunde und Kollegen eine Rolle spielten. Natürlich schuf sich die Gesellschaft auch ein Wertesystem, das weitab von dem offiziell proklamierten lag und dennoch vom Sozialismus geprägt war. Die Familie, der Freundeskreis, die Kollegen hatten auch eine Schutzfunktion gegenüber der Allmacht des Staates, der Partei und der Ideologie. Im öffentlichen Raum misstraute man einander, hielt sich zurück, wenn es um Politik ging, zeigte keine übermäßige Aktivität. Im privaten Kreis dagegen vertraute man einander, half sich gelegentlich. Viele der in der Retrospektive als typisch sozialistisch empfundenen Verhaltensweisen haben sich als Abwehrreaktionen, also *gegen* den sozialistischen Staat herausgebildet. Der Arbeitskollege, der Kumpel – wie man in der DDR sagte –, die Verwandtschaft waren ein Stück praktischer Überlebensstrategie ebenso wie ein politischer Schutzraum. Man machte gemeinsam Witze über den Sozialismus und beklautete gemeinsam den Staat. Es war ein bisschen Ganovenehre dabei, eine Art Unterschichtenbewusstsein, und viel falsche und echte Kumpelei.



Deswegen wurde der neue Staat mit seinen strengen Rechtsnormen, den formalisierten Leistungsprinzipien, der ausufernden Bürokratie als kalt, gesichtslos und anonym empfunden. Am Arbeitsplatz zog Konkurrenz statt Kumpelei ein. Plötzlich gab es große Unterschiede zwischen Chef und Untergebenen. Die politische Freiheit kam daher mit einer großen Untertänigkeit am Arbeitsplatz. Mit der rechtlichen Gleichheit zogen soziale Rangunterschiede und Hierarchien ein. Die alte Gleichmacherei des Ostens hatte nichts mit dem politischen System zu tun. Da gab es durchaus beträchtliche Unterschiede zwischen den „Bonzen“, wie man sagte, und den einfachen Leuten. Es hatte mit den Unvollkommenheiten des Systems zu tun. In der Warteschlange vor dem Bretterladen, dem Schild in der Kneipe „Sie werden platziert“ oder dem aufgeblasenen Kfz-Mechaniker waren bis auf einige sehr hoch gestellte Funktionäre oder Westgeldbesitzer alle Menschen gleich.

Dieses Gefühl der Gleichheit und die Notwendigkeit der Solidarität gingen teilweise verloren. Sie werden oft gegen die Freiheit oder die anderen Werte der Demokratie aufgewogen. Dabei ist doch das Auseinanderfallen der beiden Wertesystem der eigentliche Inhalt der tiefen Orientierungskrise der Demokratie. Diese Krise ist kein Ostprodukt, sondern hier nur deutlicher sichtbar.

In Frankreich steht an den Justizpalästen und Verwaltungsgebäuden oft der schöne Dreiklang: Liberté, Egalité, Fraternité. Da die osteuropäische und ostdeutsche Revolution von 1989 durch viele Interpreten als weltgeschichtlicher Nachvollzug der Französischen Revolution beschrieben wird, ist es angemessen, die Resultate von 1989 an den Ansprüchen von 1789 zu messen. Die Liberté als politische Freiheit verstanden wird kaum in Frage gestellt, die Egalité im rein juristischen Sinne als Gleichheit vor dem Gesetz ebenso wenig – doch viele Menschen in Ost- wie in Westdeutschland fragen besorgt nach der Fraternité, die ihnen immer mehr ein Opfer von Effizienzdenken und Gewinnmaximierung zu werden scheint.